

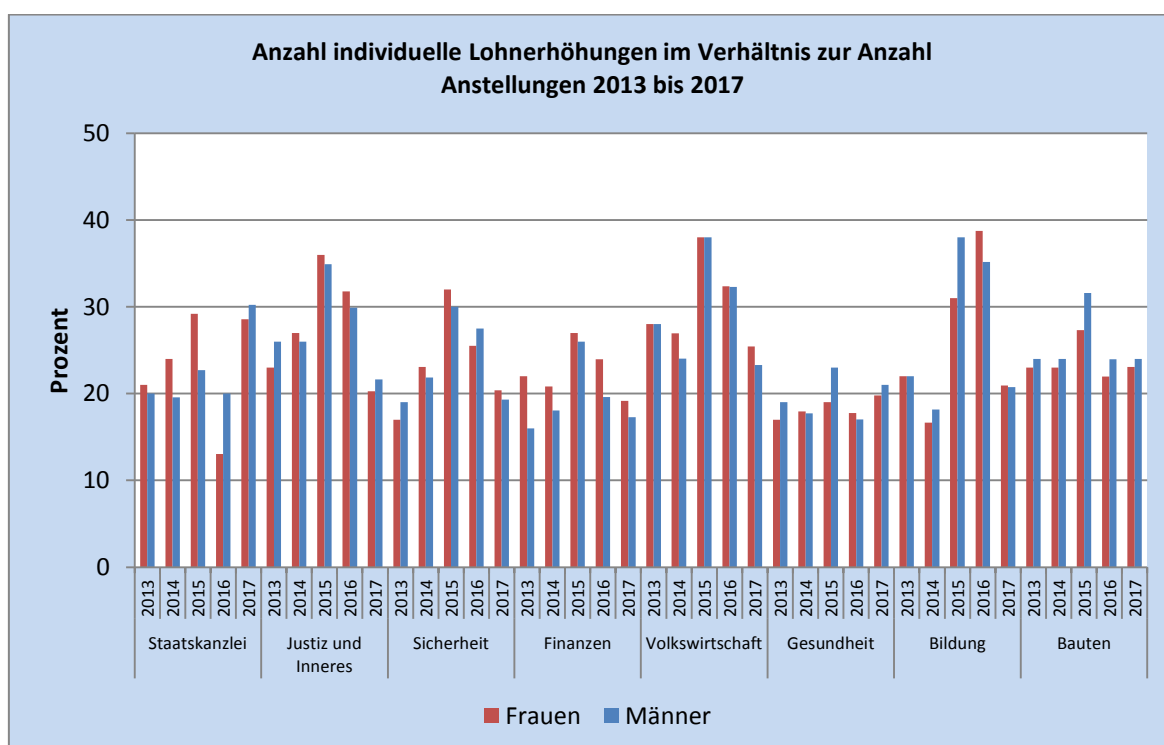
Konsolidierte Berichterstattung Personalführungskennzahlen 2017

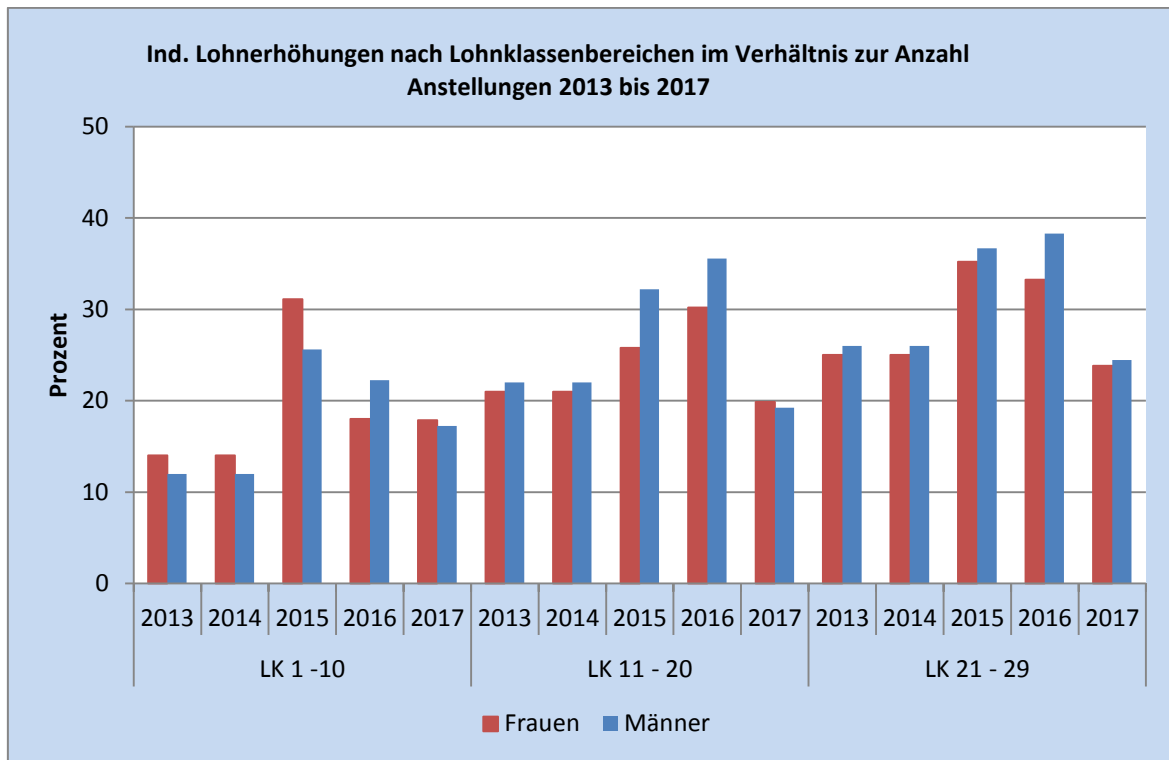
Individuelle Lohnerhöhungen und Einmalzulagen 2017

Gemäss § 17 Personalverordnung (PVO) kann Angestellten eine individuelle Lohnerhöhung (ILE) mit einer entsprechenden Qualifikation in der Mitarbeiterbeurteilung gewährt werden.

Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich auf das Verwaltungspersonal gemäss PVO und das Polizeipersonal gemäss Kantonspolizeiverordnung (Lohnreglemente 01 und 05) sowie das Lehrpersonal und die Schulleitungen der Mittel-, Berufsbildungs- und der Volksschulen.

2017	Anzahl Anstellungen per 31.12.2016			Frauen		Männer		Total	
	Frauen	Männer	Total	Anzahl ILE	in %	Anzahl ILE	in %	Anzahl ILE	in %
Direktionen									
Staatskanzlei	21	43	64	6	29%	13	30%	19	30%
Justiz und Inneres	948	966	1914	192	20%	209	22%	401	21%
Sicherheit	1763	3207	4970	359	20%	619	19%	978	20%
Finanzen	464	532	996	89	19%	91	17%	180	18%
Volkswirtschaft	468	369	837	119	25%	86	23%	205	24%
Gesundheit	1985	1152	3137	393	20%	242	21%	635	20%
Bildung	17098	6893	23991	3577	21%	1431	21%	5 008	21%
<i>Verwaltungspersonal</i>	1 578	518	2 096	395	25%	153	30%	548	26%
<i>Lehrpersonal</i>	15 520	6 375	21 895	3 182	21%	1 278	20%	4 460	20%
Bauten	529	1205	1734	122	23%	289	24%	411	24%
Total	23 276	14 367	37 643	4 857	21%	2 981	21%	7 838	21%





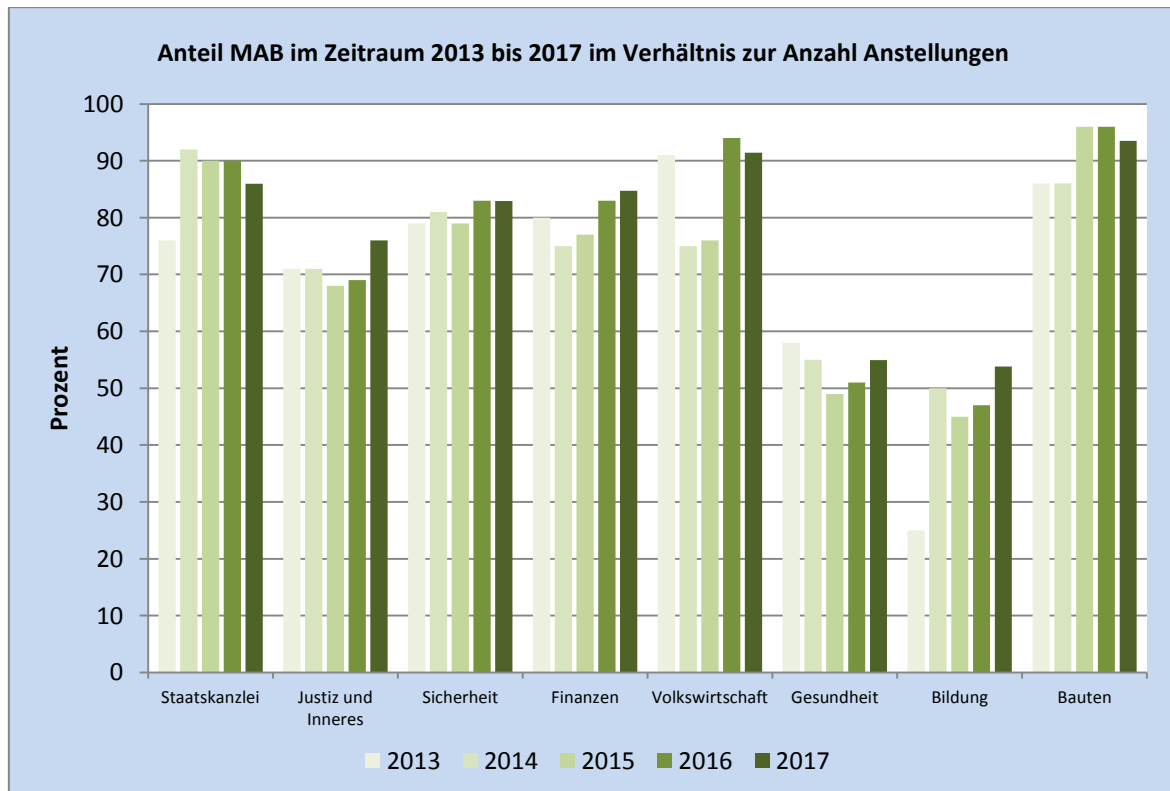
Die vom Regierungsrat mit RRB Nr. 1008/2017, (Teuerungsausgleich und Lohnentwicklung auf 1. Januar 2018), beschlossene Quote für ILE von 0,4% der Lohnsumme 2017 wurde von den Direktionen und der Staatskanzlei ausgeschöpft. Gemäss Festlegung F18 in der Leistungsüberprüfung 2016 standen für 2017 keine Budgetmittel für die Einmalzulagen zur Verfügung (vgl. RRB Nr. 236/2016). Sie konnten jedoch zulasten der für individuelle Lohnerhöhung zur Verfügung stehenden Mittel ausgerichtet werden.

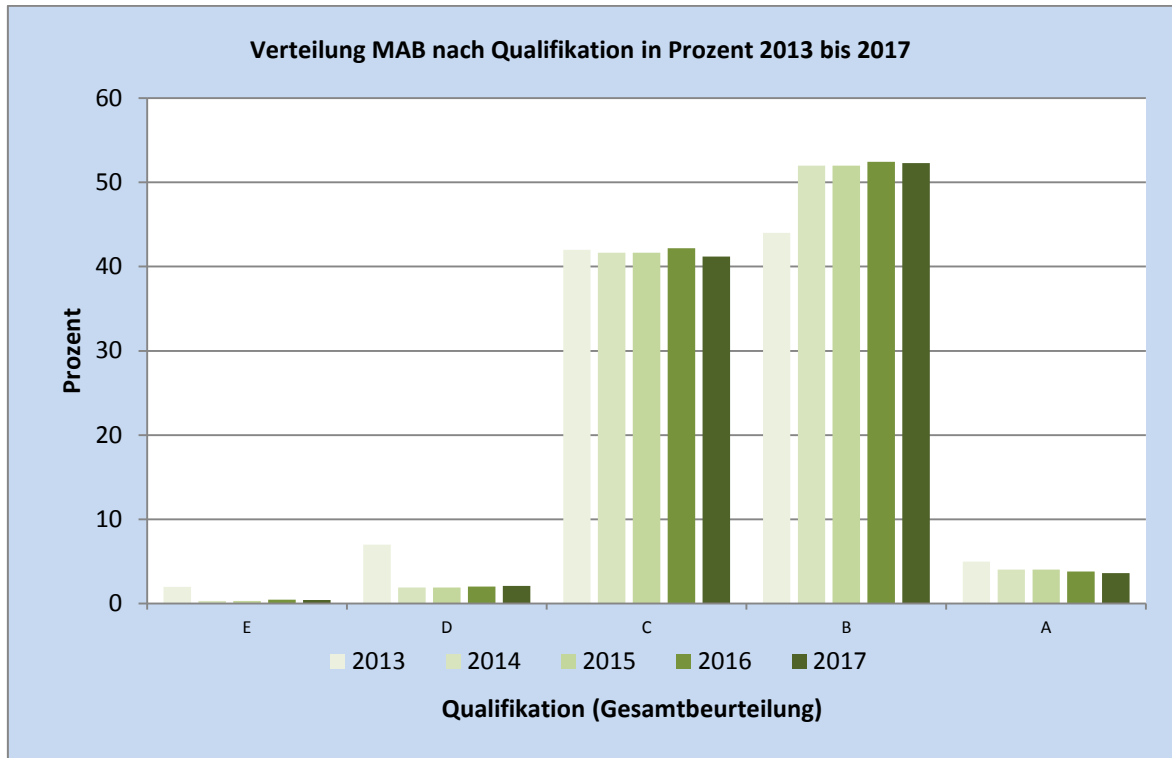
Mitarbeiterbeurteilungen 2017

Gemäss § 46 Personalgesetz haben Angestellte Anspruch auf regelmässige Beurteilung von Leistung und Verhalten. Die Angestellten sind gemäss § 136 Abs. 1 Vollzugsverordnung zum Personalgesetz einmal pro Jahr von den Vorgesetzten zu beurteilen. Die Auswertung umfasst das Verwaltungspersonal im Monats- und Stundenlohn (Lohnreglemente 01 und 05) ohne das Lehrpersonal und die Schulleitungen der Mittel-, Berufsbildungs- und der Volksschulen.

2017	Anzahl Anstellungen per 31.12.2016			Frauen		Männer		Total	
	Frauen	Männer	Total	Anzahl MAB	in %	Anzahl MAB	in %	Anzahl MAB	in %
Direktionen									
Staatskanzlei	21	43	64	17	81%	38	88%	55	86%
Justiz und Inneres	948	966	1 914	720	76%	734	76%	1 454	76%
Sicherheit	1 763	3 207	4 970	1 417	80%	2 703	84%	4 120	83%
Finanzen	464	532	996	406	88%	438	82%	844	85%
Volkswirtschaft	468	369	837	424	91%	341	92%	765	91%
Gesundheit	1 985	1 152	3 137	1 062	54%	661	57%	1 723	55%
Bildung ¹	1 578	518	2 096	848	54%	280	54%	1 128	54%
Bauten	410	1 102	1 512	356	87%	1 058	96%	1 414	94%
Total	7 637	7 889	15 526	5 250	69%	6 253	79%	11 503	74%

¹⁾ Aufgrund der Nichterfassung der Beurteilungen für die 867 Verwaltungs- und Betriebsangestellten an den Berufsfach- und Mittelschulen ergibt sich eine sehr tiefe Quote. Würde die Quote ohne diese Angestellten berechnet, so ergäbe sich für die Bildungsdirektion ein Wert von 81%.





Austrittsgründe 2017

Gemäss § 139 Abs. 1 Vollzugsverordnung zum Personalgesetz wird vor dem Austritt mit der oder dem Angestellten ein Austrittsgespräch geführt.

Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich auf das Verwaltungspersonal gemäss der Personalverordnung und das Polizeipersonal gemäss Kantonspolizeiverordnung (Lohnreglement 01) ohne das Lehrpersonal und die Schulleitungen der Volksschulen. Kündigungen durch den Arbeitgeber, Befristungen von Anstellungsverhältnissen und Pensionierungen sind nicht berücksichtigt.

2017	Justiz und Inneres		Sicherheit		Finanzen		Volks- wirtschaft		Gesundheit		Bildung		Bauten		Total		
	F ²	M ³	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F/M
Austrittsgründe ¹																	
Berufliche Entwicklung ⁴	12	8	19	21	10	8	10	7	35	21	22	17	4	22	112	104	216
Lebensumstände ⁵	15	7	32	20	5	1	4	3	42	21	38	15	6	9	142	76	218
Führung	3		2	3	3	5	1	1	16	1	11	9	3	7	39	26	65
Arbeitsinhalt	2	2	3	2	2	2	3	2	16	2	7	1	3	3	36	14	50
Entwicklungsmöglichkeiten	1		4	2	3	2	1	2	4		7	6		1	20	13	33
Arbeitsklima	3		3	2	2	2			7	1	2	0		2	17	7	24
Anstellung ⁶			3	3	2	3		1	2	1	1	4		1	8	13	21
Total	36	17	66	53	27	23	19	16	122	47	88	52	16	45	374	253	627

¹) Aus Datenschutzgründen sind die Austrittsgründe der Staatskanzlei nicht aufgeführt.

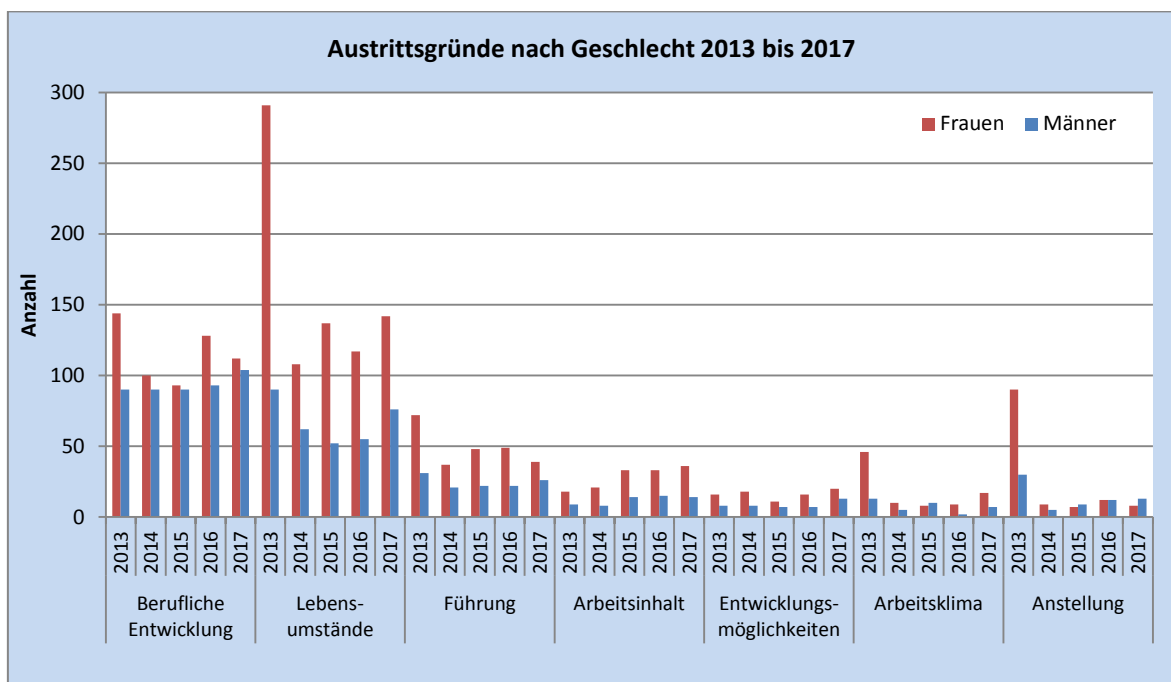
²) F steht für Frauen

³) M steht für Männer

⁴) Berufliche Entwicklung umfasst z.B. Berufswechsel, Übernahme einer Führungsfunktion

⁵) Lebensumstände umfasst z.B. persönliche Aus- und Weiterbildung, Kinderbetreuung, gesundheitliche Gründe

⁶) Anstellung umfasst z.B. Lohn, Sozial- und Zusatzleistungen, Arbeitszeitregelung



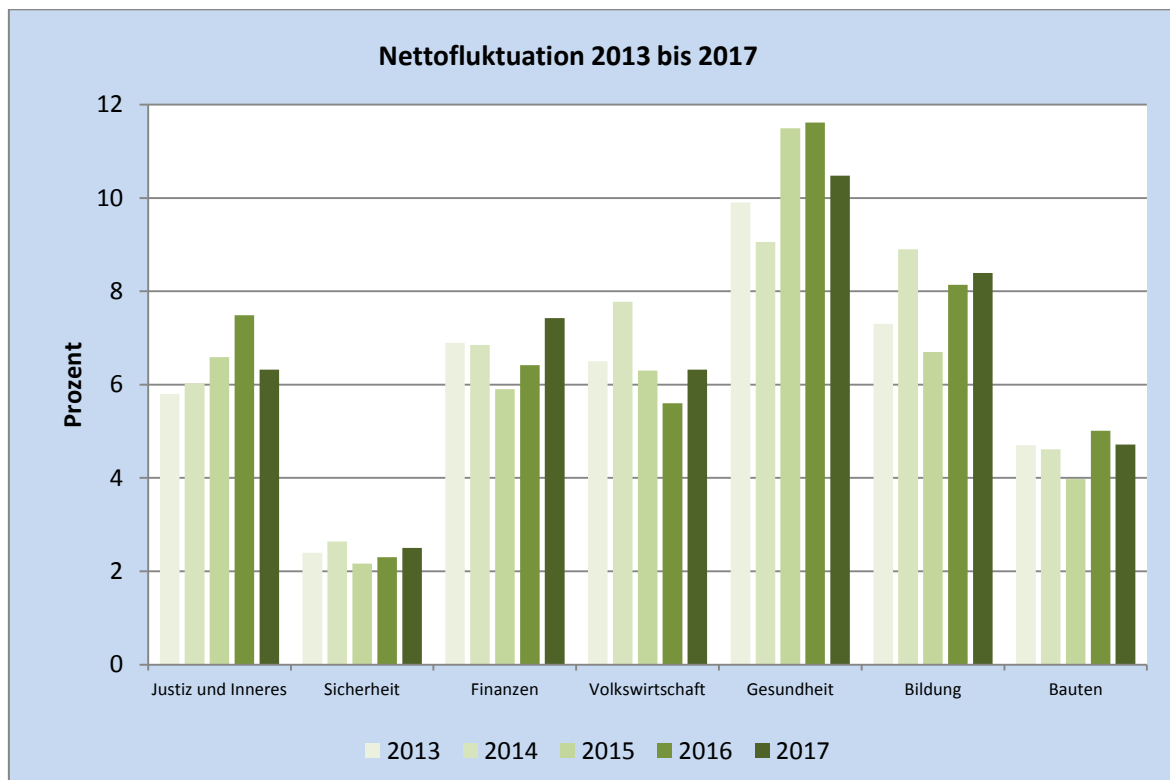
Nettofluktuation und Austritte 2017

Die Nettofluktuation zeigt den Anteil der freiwilligen Austritte. Sie umfasst ausschliesslich Austritte aufgrund von freiwilligen Kündigungen der Mitarbeitenden. Diese Kennzahl liefert Hinweise zur Arbeitszufriedenheit und zum Betriebsklima. Es bestehen jedoch auch Abhängigkeiten zur jeweilig bestehenden Arbeitsmarktsituation. Durch die Fluktuation entstehen direkte Kosten (z.B. Rekrutierungskosten) sowie indirekte Kosten wie beispielsweise Know-how-Verlust und geringere Produktivität neuer Mitarbeitenden während der Einführungszeit.

Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich auf das Verwaltungspersonal gemäss der Personalverordnung und das Polizeipersonal gemäss Kantonspolizeiverordnung (Lohnreglement 01) sowie das Lehrpersonal und die Schulleitungen der Mittel-, Berufsbildungs- und der Volksschulen.

2017 ¹	Justiz und Inneres	Sicherheit	Finanzen	Volks-wirtschaft	Gesundheit	Bildung	Bauten	Total
Austritte	125	103	75	63	298	2 000	79	2 743
Nettofluktuation	6.3%	2.5%	7.4%	6.3%	10.2%	8.4%	4.7%	7.5%

¹⁾ Aus Datenschutzgründen ist die Nettofluktuation der Staatskanzlei nicht aufgeführt.

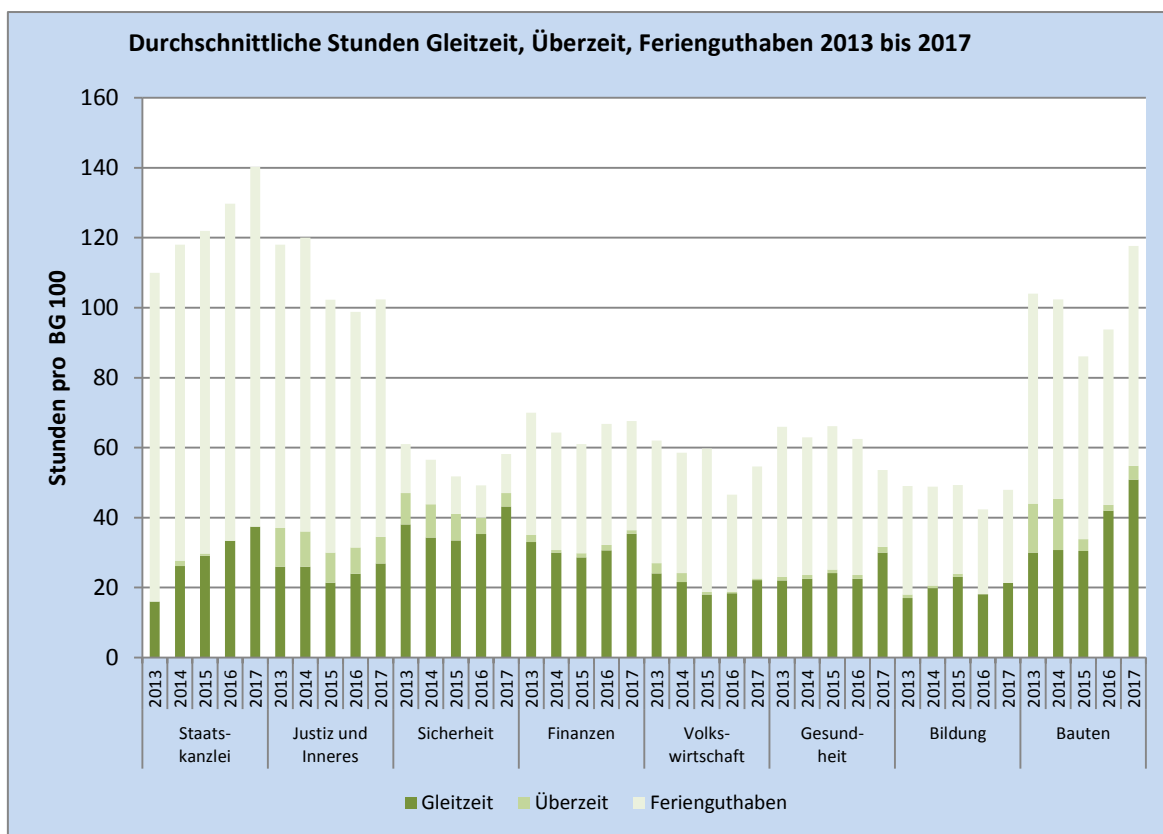


Gleitzeit, Überzeit, Ferienguthaben 2017

Für personalrechtliche Ansprüche sind gem. § 13 Rechnungslegungsverordnung in der Bilanz Rückstellungen zu bilden. Bei den erhobenen Daten der Gleitzeit handelt es sich um Werte vor der Korrektur der Gleitzeitsaldi. Diese dürfen am Jahresende nur maximal 84 Stunden pro Vollzeitstelle betragen.

Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich auf das Verwaltungspersonal gemäss der Personalverordnung und das Polizeipersonal gemäss Kantonspolizeiverordnung (Lohnreglement 01) ohne das Lehrpersonal und die Schulleitungen der Mittel-, Berufsbildungs- und der Volksschulen. Dienstalstersgeschenke sind nicht berücksichtigt.

2017 Stunden pro BG 100 am 31.12.2017	Staatskanzlei	Justiz und Inneres	Sicherheit	Finanzen	Volks- wirtschaft	Gesundheit	Bildung	Bauten	Durchschnitt
Gleitzeit	37	27	43	35	22	30	21	51	35
Überzeit	0	8	4	1	0	2	0	4	3
Ferienguthaben	103	68	11	31	32	22	27	63	32



Case Management 2017

Die Kennzahlen zum Case Management geben Hinweise zu dessen Wirksamkeit und Effizienz, sodass bei Bedarf Verbesserungsmassnahmen eingeleitet werden können.

Fallzahlen		2015	2016	2017
Neue Fälle		169	184	130
Abgeschlossene Fälle		181	146	196
Indikatoren der Effizienz		2015	2016	2017
Durchschnittliche Fallkosten in Franken	Honorarkosten abgeschlossene Fälle / Anzahl abgeschlossene Fälle	7 084	6 935	6`365
Durchschnittliche Falldauer in Monaten	Durchschnittliche Dauer der abgeschlossenen CM-Fälle	11	8	10
Indikatoren der Wirksamkeit in Bezug auf Invalidisierung		2015	2016	2017
Invalidisierungskosten	Anzahl Invalidisierungen / Anzahl aktiv versicherter Personen	0.2%	0.2%	0.2%
Durchschnittlicher Invalidisierungsgrad	Summe des Invalidisierungsgrads aller Invalidisierten / Anzahl Invalidisierte	79%	85%	82%
Durchschnittliche Invalidisierungskosten in Franken	Invalidisierungskosten / Anzahl Invalidisierungen	628 365	232 755	477 868
Indikatoren der Wirksamkeit in Bezug auf Absenzen¹⁾		2015	2016	2017
Absenzkostenquote	Absenzkosten / Lohnaufwand	1.7%	1.7%	1.7%
Absenzquote	Anzahl Mitarbeitende mit Langzeitabsenzen / Anzahl Anstellungen	1.3%	1.3%	1.2%
Indikatoren der Ergebnisse		2015	2016	2017
Vollständige Integration		48%	60%	42%
Teilweise Integration		13%	10%	15%
Invalidisierung		12%	13%	11%
Personelle Massnahmen		19%	12%	21%
Abbruch Case Management		1%	0%	6%
Sonstiges		7%	6%	4%

¹⁾ Berechnungsbasis der Absenzkostenquote und Absenzquote sind Absenzen ≥ 180 Tage über einen Zeitraum von zwei Jahren.